

# Sozialismus.de

Heft 9-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



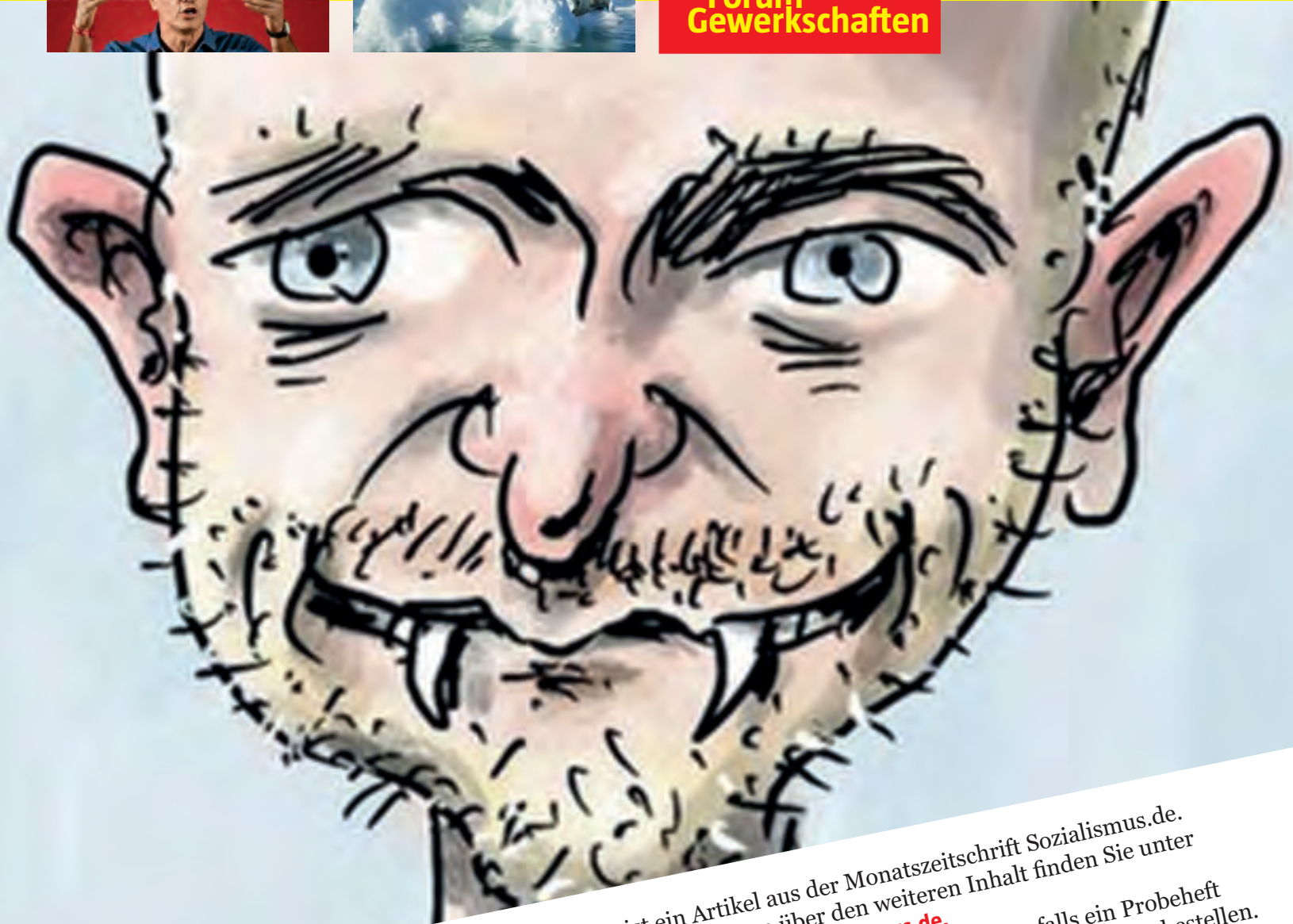
**Heinz Bierbaum: Gewerk-**  
**schaftskämpfe und Politik**

**Andreas Müller: Tarifabschluss**  
**bei der Bahn und die EVG**

**Beiträge u.a. von**  
**Kim Lucht, Stephanie Odenwald/**  
**Klaus Kohlmeyer, Achim Truger,**  
**Norbert Reuter, Andreas Fisahn,**  
**Alban Werner, Thomas Jaitner,**  
**Mario Keßler, Erhard Korn**



**Forum**  
**Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Russische Notenbank stützt den Rubel

Die russische Währung befindet sich seit Jahresbeginn im Sinkflug. Der Rubel hat in diesem Jahr zum Euro und US-Dollar rund 20% verloren. Er ist wieder weniger wert als vor Russlands Angriff auf die Ukraine und auf dem niedrigsten Stand seit März 2022. [...]

## Die Junta in Niger als Paradigma im Sahel

Es ist typisch für den Westen, dass er die Probleme anderer zu seinen eigenen macht. Auch im Sahel hat er dafür nur scheinbar eine Entschuldigung. Diese Region in äußerster Randlage, die bis vor einem Jahrzehnt nur für humanitäre Organisationen und kleine Abteilungen von Hilfsorganisationen von Interesse war, ist schnell in den Mittelpunkt westlicher Besorgnis gerückt. [...]

## Abgang des niederländischen Regierungschefs Mark Rutte

Mit dem Sturz der niederländischen Regierung am 7. Juli endete die Amtszeit von Mark Rutte, dem am längsten regierenden Premierminister in der Geschichte des Landes. Er war der Manager-Politiker par excellence. [...]

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Heft Nr. 9 | September 2023 | 50. Jahrgang | Heft Nr. 486

## Angebotspolitische Zeitenwende und die Folgen

Achim Truger: Progressive Finanzpolitik: Pragmatismus statt angebotspolitischer Zeitenwende	2
Norbert Reuter: Der Wandel des Sachverständigenrats und die Rolle der Gewerkschaften	7
Bernhard Müller: Unterminierung des Sozialstaats	11
Klaus Kohlmeyer/Stephanie Odenwald: Vergesellschaftung ist legal! Zur Vergesellschaftung großer Wohnungsbauunternehmen	17
Andreas Fisahn: Rückkehr des Feind-Denkens Schwinden der rechtstaatlichen Liberalität?	21
Björn Radke: Albtraum Klimakrise	25

## Linkspartei in Turbulenzen

Joachim Bischoff/Bernhard Müller/Gerd Siebecke: DIE LINKE auf dem Weg zur Splitterpartei? Eine »Zukunft der Linken ohne Sahara Wagenknecht«	29
Alban Werner: Auf dem Weg nach Nirgendwo DIE LINKE zwischen Zerfall, Spaltung und Zweckoptimismus	35

## Das Patt auf der iberischen Halbinsel

Thomas Jaitner: Spanisches Wahldrama in zwei Akten	40
--	----

## Forum Gewerkschaften

Heinz Bierbaum: Gewerkschaftliche Kämpfe und Politik Zur diesjährigen Tarifrunde	45
Andreas Müller: Die Grenzen der Solidarität Zu den Tarifaueinandersetzungen bei der Bahn	47
Carsten Büchling/Steffen Liebig/Klaus Dörre/Kim Lucht: Innovation durch Mitbestimmung – auch in der Transformation?	51
Richard Detje: KRISE. MACHT. ARBEIT. (Zum gleichnamigen Buch von Hans-Jürgen Urban und Stephan Hebel)	55

## Erinnerungen

Richard Detje: Rheinhausens Gesicht (Theo Steegmann 1.12.1955–25.7.2023)	57
Joachim Bischoff/Gerd Siebecke: »Marx ist immer anregend« Zum Tod von Thomas Kuczynski (12.11.1944–19.8.2023)	58
Erhard Korn: Zeitgenosse Martin Walser	60
Mario Keßler: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik Axel Schildts unvollendetes letztes Werk	62
Siefried Prokop: »Die DDR war stets mehr als nur die Mauer« (Zum Buch vom Katja Hoyer: Diesseits der Mauer)	66

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	59
Veranstaltungen & Tipps	68
Martin Groschwald: Oppenheimer (Filmkritik)	69

## Supplement

### Den Ukraine-Krieg beenden

Beiträge von Redaktion Sozialismus.de, Peter Sörgel, Heinz Bierbaum/Michael Brie, Ulrike Eifler, Jeremy Corbyn, Friedrich Steinfeld

# Spanisches Wahldrama in zwei Akten

von ■ Thomas Jaitner



Foto: picture alliance/dpa

Das Wahldrama in zwei Akten endete nicht mit dem befürchteten Durchmarsch der Rechten. Die Volkspartei PP kann weder allein noch im Bündnis mit der rechtsradikalen VOX die Regierung bilden. Das ist die gute Nachricht. Es ist ein Patt entstanden zwischen einem rechten und einem linken Block, und die Frage bleibt offen, wie es sich auflösen wird.

## Der unerwartet hohe Wahlsieg des rechten Blocks im Mai

Die Regional- und Kommunalwahlen im Mai endeten mit einem klaren Sieg der rechten Parteien, der in dieser Höhe selbst von ihnen nicht erwartet worden war. Entscheidend war, dass nicht nur die PP nach mehreren düren Jahren die Stimmen der mittlerweile untergegangenen Partei Ciudadanos auf sich vereinigen konnte und meist gewählte Partei wurde. Auch VOX verbesserte sich und verdoppelte ihre Stimmen im Vergleich zu 2019 sogar. Die PP stellt nun in 12 der 17 autonomen Regionen den Ministerpräsidenten. Von besonderer Bedeutung war die Eroberung der Region Valencia: Es handelt sich hier um die viertgrößte Re-

gion, sie liegt im Zentrum der spanischen Mittelmeerküste und ist ein wirtschaftlicher Wachstumsraum, was vor allem an der neuen VW-Batteriefabrik in Sagunt deutlich wird. Zudem ist es das Stammland der PP-Korruptionsskandale, weswegen die Partei dort in den beiden vorausgegangenen Wahlen 2015 und 2019 deutlich abgestraft worden war. Auch in den meisten großen Städten stellt die PP nun den Bürgermeister. Unter den 10 größten Städten sind es allein sieben, lediglich Barcelona, Las Palmas und Bilbao fallen aus dem Rahmen.

Nach dem Wahlsieg kamen die rechten Parteien bei der Regierungsbildung rasch zur Sache. In Valencia ging es besonders schnell: Schon Mitte Juni wurde die neue Regionalregierung gewählt, eine Koalition aus PP und VOX. Sie sollte ein Signal sein für ähnliche Koalitionsvereinbarungen in anderen Regionen und auch in vielen Kommunen. Mittlerweile gibt es bereits fünf PP-VOX-Regionalregierungen.

Für die Linke war die Mai-Wahl ein Desaster, dies gilt für die PSOE, aber vor allem für Unidas Podemos. Während die PSOE 400.000 Stimmen verlor und von Platz eins verdrängt wurde, ging UP in einigen Regionen regelrecht unter. Dies geschah vor allem in Madrid und Valencia, wo sie unter der 5%-Hürde blieb

und nicht mehr im Regionalparlament vertreten ist. Immerhin ging sie in Valencia als regionale Regierungspartei ins Rennen. Schmerzhaft war auch, dass in Barcelona und Cadix die letzten beiden Bürgermeisterposten in Großstädten verloren wurden.

2015 hatte die Linke die Stadtspitzen in vier der fünf größten Städte übernommen, in Madrid, Barcelona, Valencia und Zaragoza, und große Erwartungen an eine Erneuerung der Kommunalpolitik geweckt. Das Hauptproblem bestand diesmal darin, dass viele linke Wähler\*innen zu Hause geblieben waren.

Das Desaster war umso dramatischer, wenn man bedenkt, dass die konjunkturellen Daten Spaniens recht gut sind, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Die spanische Regierung konnte eine Reihe von Hinterlassenschaften der Austeritätspolitik der PP-Regierungen unter Mariano Rajoy verändern. Zwar sind die Zeiten nicht rosig, die Inflation und die Wohnungsfrage sind schwerwiegende Probleme, aber der Vergleich mit den Zeiten unter Rajoy fällt eindeutig zugunsten der Linken aus. Dazu kommt, dass die Bilanz der rechten Regionalregierungen und Stadtverwaltungen katastrophal war, z.B. im Gesundheitswesen oder in der Ökologie.

Die rechten Parteien hatten vor den Wahlen auch keine großen Anstrengungen unternommen, eigene Aktionsprogramme zu erarbeiten. Es reichte eine aggressive Kampagne, die sich gar nicht zu regionalen oder kommunalen Themen äußerte, sondern ein Ende der Regierung und des »Sanchismo« forderte. Die in Madrid ansässigen Medien erfüllten das ganze Land mit einer Verfälschung der Regierungspolitik, mit Gerüchten von geplantem Wahlbetrug durch Ministerpräsident Sánchez und lautstarken Debatten, um einen hohen Wahlsieg zu erreichen.

Wenn man nach den Ursachen für die Demobilisierung der linken Wählerschaft sucht, wird man in der sozialen Lage der Bevölkerung nicht fündig werden. Auch der erbitterte Streit innerhalb der Linken, wie man sich bei den vorgesehenen Parlamentswahlen aufstellen solle, gibt wenig Hinweise, denn auch die PSOE musste Stimmeneinbußen hinnehmen. Offensichtlich gibt es tief liegende Ursachen, die aufgedeckt werden müssten.

Unmittelbar nach dem Wahltag sorgte der gewiefte Taktiker Pedro Sánchez für eine Überraschung. Er zog die für Dezember vorgesehenen Parlamentswahlen auf den Juli vor. Er verfolgte dabei drei Ziele. Zum einen wollte er einem monatelangen Dauerfeuer von PP und VOX entgehen, das möglicherweise auch innerhalb der PSOE zu Problemen geführt hätte. Das schlechte Wahlergebnis vom Mai sollte seinen internen Kritiker\*innen keinen neuen Auftrieb geben. Zudem hoffte er, die eigenen Anhänger\*innen mit der Warnung vor einer PP-VOX-Regierung zu mobilisieren. Schließlich setzte er darauf, bisherige Wähler\*innen von Unidas Podemos zu gewinnen, die angesichts der langen Auseinandersetzung um das Projekt Sumar abgehalten wurden, diese neue Formation zu unterstützen. Entgegen allen Prognosen sollte Sánchez Recht behalten.

## Der Durchmarsch wird gestoppt

Bei den Parlamentswahlen im Juli blieb der von vielen befürchtete rechte Durchmarsch aus. Der rechte Block führte einen aggressiven Wahlkampf und verbreitete eine Siegesstimmung, die

von täglich erscheinenden Umfragen gefestigt wurde. Zwischen dem 1. und 17. Juli wurden in Spanien 105 Meinungsumfragen veröffentlicht, von denen fast alle eine absolute Mehrheit für PP und VOX prognostizierten. Die Vordenker der Rechten aus der vom ehemaligen Ministerpräsidenten Aznar geführten Stiftung FAES stellten in einem Aufruf zwei Tage vor der Wahl fest: »Die Stunde ist gekommen!« Die »demagogische Frankenstein-Regierung« habe den »politischen, wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Ruin« Spaniens hervorgebracht. Sie bestehe aus »politischen Abenteurern« und habe eine »schonungslose Niederlage« verdient. Die markigen Worte zeigen, dass es der Rechten um etwas Grundsätzliches ging: Um das Ende einer historischen Phase, die nach der Krise von 2008 von der Bewegung der »indignados« geprägt wurde und erstmals nach dem spanischen Bürgerkrieg wieder eine linke Koalitionsregierung hervorbrachte.

Doch diesmal konnte die linke Wählerschaft besser mobilisiert werden. Die Wahlbeteiligung stieg von 66% (2019) auf 70%. Bei den Kommunalwahlen lag die Beteiligung noch bei 63,9%, etwa ein Prozent unter dem Wahlgang von 2019. Offenbar wirkte sich aus, dass im Mittelpunkt des linken Wahlkampfes die Aufklärung über den Spitzenkandidaten der PP, Alberto Núñez Feijóo, dem der ständige Einsatz von Lügen (z.B. in der Rentenfrage) nachgewiesen werden konnte, und die ersten Maßnahmen der PP-VOX-Regierungen standen. Da wurde man fündig: sofortige Erhöhung der Bezüge des neuen Regierungspersonals, Aufhebung des Ministeriums für Gleichstellungsfragen auf den Balearen, Abbau von Fahrradwegen in der Stadt Elche, Kündigung von Abonnements katalanischsprachiger Zeitschriften in Burriana (Valencia) oder Absetzung eines Theaterstücks von Virginia Woolf, das eine androgyne Hauptfigur hat, in Valdemorillo bei Madrid. Hier wurden die ersten Schritte deutlich, in welche Richtung die Entwicklung der PP-VOX-Regierungen gehen soll.

Eine genauere Untersuchung der Wählerströme ergab, dass 500.000 Wähler\*innen, die noch im Mai die PP gewählt hatten, diesmal für die PSOE stimmten. Es waren Frauen aus der Mittelschicht, zwischen 40 und 60 Jahre alt und in Großstädten lebend. Sie waren alarmiert durch die frauenfeindliche Politik von VOX, fühlten sich aber innerhalb der PP durchaus repräsentiert von Personen wie Maria Guardiola, der Spitzenkandidatin der PP in Extremadura. Diese hatte eine mögliche Koalition mit VOX abgelehnt mit der Begründung, sie könne nicht mit einer Partei koalieren, die Gewalt gegen Frauen negiere, sich unmenschlich gegenüber Immigrant\*innen verhalte und LGBTI-Fahnen in den Müll werfe.

Als sie dann am 30. Juni doch auf Druck der PP-Parteispitze ein Abkommen mit VOX unterzeichnete, schwenkten die ehemaligen PP-Wählerinnen um. Unter den weiblichen Wählerinnen lagen die linken Parteien mit 1,1 Mio. Stimmen Vorsprung vorn, bei den männlichen Wählern dominierten die rechten Parteien mit 1,5 Mio. Stimmen Vorsprung. Die Stimmen der Frauen waren entscheidend für die Niederlage der Rechten. Vielleicht liegt hier ein Schwachpunkt des rechten Blocks, der seine Wahlmöglichkeiten begrenzt, denn die gesellschaftliche Akzeptanz

Thomas Jaitner lebt in Köln. In Heft 4/2022 schrieb er über »Heißer Herbst in Spanien«.

## Postkoloniale Hochschule Zwischen Amnesie und Aufarbeitung

Obwohl sich noch »Souvenirs« zur Pflege kolonialer Nostalgie erwerben lassen, hat doch hierzulande seit einiger Zeit eine Debatte um die koloniale Vergangenheit Deutschlands begonnen. Zentrale Felder dieser gesellschaftlichen Kontroverse sind die Anerkennung von Verbrechen, die bis zum Genozid reichen, die Restitution kolonialer Raubgüter und die Formen einer würdigen und angemessenen Erinnerungspolitik.

Auch an den Hochschulen hat die Forderung nach einer strukturellen Dekolonisierung Raum gewonnen, die mehr ist als eine rassismuskritische Auseinandersetzung mit Lehre und etablierter Forschungspraxis. Dabei geht es nicht nur um die Verschiebung inhaltlich hegemonialer Wissensordnungen, sondern auch um die Anerkennung unterschiedlicher Artikulationsweisen – letztlich um die Aufhebung ungleicher Machtverhältnisse zwischen Wissenschaftler\*innen und Hochschulen des Globalen Nordens einerseits und des Globalen Südens andererseits.

**Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €**

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen  
und Wissenschaftler (BdWi)

www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

neuer Geschlechterbeziehungen scheint sehr weit fortgeschritten zu sein.

Die Wähler\*innenmobilisierung kam vor allem der PSOE zugute, die fast eine Million Stimmen gewann und auf 31,7% kam. Die linke Wahlplattform Sumar begrub rechtzeitig den monatelangen Streit mit Podemos und präsentierte sich als Vereinigung von 15 linken, grünen und regionalen Organisationen. Die Auseinandersetzungen, bei denen sich besonders der langjährige Podemos-Vorsitzende Pablo Iglesias hervortat, wurden auch in den sozialen Netzwerken mit merkwürdiger Verbissenheit geführt. Dabei ging es weniger um politische Inhalte als um das Abstecken von Einflusszonen und formale Abläufe.

Spitzenkandidatin war die Arbeitsministerin Yolanda Díaz, die immer noch die beliebteste spanische Politikerin ist. Sumar landete auf dem vierten Platz mit 12,3%. 2019 erreichte Unidas Podemos 12,9%. Zwar verlor man damit sieben Parlamentssitze und vermochte es nicht, den Abwärtstrend der letzten Jahre aufzuhalten, aber das befürchtete Debakel mit zwei konkurrierenden Listen wurde abgewendet. Sumar bleibt entscheidend für die Regierungsbildung. Es besteht die Chance zu einer Stabilisierung in der nächsten Zeit. Die PP sprang zwar von 20,8% (2019) auf 33,05% und war damit Wahlsieger, aber VOX landete bei 12,39% (15,08% 2019) und verlor 19 Sitze. Das war insgesamt zu wenig, um die neue Regierung zu stellen.

## Was ist von PP und VOX zu erwarten?

Im Vorfeld der Parlamentswahlen, als alle Welt mit einem »Pendelschlag nach rechts« (FAZ 19.7.) rechnete, wurde die Frage aktuell, was Spanien und Europa zu erwarten hatten. Das Wahlprogramm von VOX ließ keine Zweifel: Auflösung der autonomen Regionen, Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens, Aufhebung der Unterordnung der spanischen Justiz unter die europäische, Abschaffung der Gesetze über Abtreibung, Sterbehilfe und des reformierten Sexualstrafrechts, drastische Senkung der Einkommenssteuer, Abschiebung irregulärer Immigranten, Verbot der Parteien, die die Unabhängigkeit vom spanischen Staat fordern, und Handelskrieg mit Marokko durch das Heraufsetzen der Einfuhrzölle für Agrarprodukte. War es das, was bevorstand? Aber es gab in den deutschen Medien zwei Beruhigungspillen: Die PP sei keine rechtspopulistische Partei, sondern Bestandteil der seriösen Familie der konservativen Europäischen Volkspartei. Sie werde sich vom Rechtspopulismus abgrenzen. Außerdem seien die Regeln und Abkommen der EU eindeutig, auch eine PP-VOX-Regierung müsse sich z.B. an die Vorgaben europäischer Umweltpolitik halten.

Der langjährige PP-Abgeordnete und Staatssekretär für Kultur in der Regierung Rajoy (2011-2016), José María Lassalle, nannte eine mögliche PP-VOX-Regierung eine »Nosferatu-Regierung« (vgl. zum folgenden: Enric Juliana, Gobierno Nosferatu, La Vanguardia 9.7.2023). Sein Unbehagen drückte er in El País so aus: »Ich glaube im Namen von vielen Menschen zu sprechen, die im breiten Feld der politischen Mitte leben. Wir sind gemäßigte Menschen, mit Berufserfahrung, liberalen Ideen, einer Hochschulausbildung und einem behaglichen Leben. Wir sind Spanier, die niemandem Lehren erteilen, wie Spanien zu sein hat, aber wir ertragen weder Radikalismus und Intoleranz noch Selbstherrlichkeit, von wem sie auch kommen mögen. Wir verkörpern jenen Teil der Bevölkerung, der die Gesellschaft zusammenhält, denn wir haben zu allen Seiten Beziehungen und besitzen die Fähigkeit, über territoriale Konflikte, soziale Spannungen und Generationsunterschiede hinweg zuzuhören, uns einzufühlen und zu sprechen.« Lassalles Konservatismus ist heute nicht mehr mehrheitsfähig innerhalb der PP.

Das hat einerseits historische Gründe. Die spanische Demokratie entstand in den 1970er-Jahren nicht wie im übrigen Europa nach 1945 in scharfer Abgrenzung zum Faschismus, sondern als Kompromiss zwischen den Repräsentanten des Franco-Regimes und der Opposition. Die PP wurde ursprünglich gegründet von sieben ehemaligen Ministern Francos, die keinen Anlass sahen, sich von der Vergangenheit zu distanzieren. Die Übergänge zwischen PP und VOX sind fließend, und zwar von unten und oben, wie der Journalist Enric Juliana unterstreicht. Fließende Übergänge von unten sind gemeinsame Stimmungen und Programmpunkte, die in sozialen Netzwerken, privaten TV-Sendern, Radiosendern wie dem Programm der katholischen Bischofskonferenz oder Zeitungen wie El Mundo verbreitet werden.

Überschneidungen zeigen sich auch in den Biographien: Der VOX-Vorsitzende Santiago Abascal verfügt über die typische Biographie eines PP-Bürokraten. Als Enkel eines franquistischen Bürgermeisters und Sohn eines PP-Vaters trat er mit 18 Jahren

in die PP ein, wurde mit 24 Chef der Nachwuchsorganisation im Baskenland und mit 28 Jahren Abgeordneter im baskischen Regionalparlament. Nach 2010 verschaffte ihm die damals mächtige PP-Chefin von Madrid, Esperanza Aguirre, einträgliche Posten in Institutionen und Stiftungen. 2014 gründete er dann mit anderen ehemaligen PP-Mitgliedern VOX. Seine rechte Hand und Vizepräsident Jorge Buxadé (geboren 1975) studierte an einer privaten Hochschule für die katalanische Elite in Barcelona Jura. Er kandidierte in den 1990er-Jahren in Barcelona für die neofaschistische Falange, war dann 2004–2014 Mitglied der PP und schloss sich 2015 VOX an. 2019 wurde er für VOX ins Europaparlament gewählt. Er ist Mitglied im katholischen Laienorden Opus Dei.

Um die Verbindungen oben sorgt sich vor allem Manfred Weber, Chef der Europäischen Volkspartei. Er setzt sich für eine Zusammenarbeit der EVP mit den Parteien ein, die im Europäischen Parlament die »Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer« bilden, um den Einfluss der Sozialdemokraten auf die europäischen Institutionen zurückzudrängen. Zu dieser Fraktion gehören die Fratelli d'Italia, die Schwedendemokraten, Die Finnen oder die polnische PiS.

Giorgia Meloni, die italienische Ministerpräsidentin und Chefin der Fratelli d'Italia, strebt eine Mitgliedschaft in der EVP an und wirbt um die Vermittlung von VOX. Sie trat schon zweimal auf Veranstaltungen von VOX auf. Erstmals als Oppositionspolitikerin am 13.6.2022 in Marbella, wo sie die christliche Zivilisation durch die Linke, neue Geschlechterbeziehungen, den Islam und eine Kultur des Todes bedroht sah und zu ihrer Verteidigung aufrief. Am 13.7.2023 sprach sie per Video-

botschaft auf der Siegesfeier nach der Wahl der Koalitionsregierung in Valencia. Diesmal warnte sie vor der Ökologiebewegung und erklärte: »Es ist sehr wichtig, dass VOX in die spanische Regierung eintritt.« (Vgl. E. Juliana, La Vanguardia 15.7.2023).

Zwei Tage vor der Wahl schließlich gab PP-Chef Feijóo ein Interview in der Tageszeitung El Mundo, das auch im italienischen Corriere della Sera abgedruckt wurde. Darin setzte er sich für die Aufnahme der Fratelli d'Italia in die EVP ein. Hier wird ein neuer rechter Block auf europäischer Ebene anvisiert, in dem spanische Akteure als Vermittler ihre Rolle spielen. In Spanien sitzt auch bereits eine eigene Giorgia Meloni in den Startlöchern, die dieses neue Bündnis verkörpern kann: die Madrider PP-Regionalpräsidentin Isabel Ayuso. Ein anderes Europa ist möglich, in der Tat. Die spanische Wahl vom Juli hatte also auch eine europäische Dimension.

### Wie geht es weiter?

Die PP wurde zwar stärkste Partei, besitzt aber durch ihr Bündnis mit VOX kaum alternative Handlungsoptionen. Eine Verständigung mit der PSOE aus Gründen der Staatsraison (Wahl eines PP-Ministerpräsidenten durch Stimmenthaltung der PSOE im zweiten Wahlgang), wie sie Feijóo unmittelbar nach der Wahl anbot, ist kaum möglich. Die PP hat nichts anzubieten, zumal sie in der Extremadura ihre letzte Chance verspielte. Dort hatte sie in einer vergleichbaren Situation nicht dem Wahlsieger PSOE durch Stimmenthaltung eine Regierungsbildung ermöglicht, sondern ihrerseits eine Koalition mit VOX durch-

## VSA: Spannende Lektüre für den Frühherbst



Kim Lucht/Frank Deppe/  
Klaus Dörre (Hrsg.)  
**Sozialismus im  
21. Jahrhundert?**  
Sozialismus-Debatten 1  
240 Seiten | € 19,80  
ISBN 978-3-96488-173-1



Richard Detje/Dieter Sauer  
**Solidarität in den  
Krisen der Arbeitswelt**  
Aktualität kollektiver  
Widerstandserfahrungen  
160 Seiten | € 12,80  
ISBN 978-3-96488-181-6



Gün Tank/Biplab Basu/  
Eberhard Schultz/  
Klaus Kohlmeyer (Hrsg.)  
**Das Problem heißt  
institutioneller Rassismus**  
Vielfalt statt Ausgrenzung!  
176 Seiten | € 16,80  
ISBN 978-3-96488-086-4



Pavla Plachá  
**Zerrissene Leben**  
Tschechoslowakische Frauen  
im Konzentrationslager  
Ravensbrück 1939–1945  
Aus dem Tschechischen  
von Marika Jakeš  
456 Seiten | teilweise in  
Farbe | Hardcover | € 34,80  
ISBN 978-3-96488-169-4



Freerk Huisken  
**FRIEDEN.  
Eine Kritik.**  
Aus aktuellem Anlass.  
Flugschrift  
154 Seiten | € 12,00  
ISBN 978-3-96488-193-9

Das vollständige Herbstprogramm mit zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

gezogen und dazu noch das Wahlversprechen ihrer Kandidatin Guardiola gebrochen.

Eine Neuaufgabe der Koalition von PSOE und Sumar hängt allerdings auch am seidenen Faden, denn es wäre die Zustimmung der nationalistischen Parteien aus Galizien, dem Baskenland und Katalonien notwendig. Diesmal sind auch die Stimmen von Junts per Catalunya, der Partei des in Waterloo im Exil lebenden Carles Puigdemont notwendig. Alberto Garzón, der Vorsitzende von Izquierda Unida, forderte in einer Wahlauswertung von einer neuen linken Koalition eine Vertiefung der Reformen. Aber die Frage ist, wie dies tatsächlich geschehen kann. Junts ist eine wirtschaftsliberale Partei, die z.B. gegen die Arbeitsmarktreform stimmte, das Herzstück der Reformpolitik der Sánchez-Regierung. Und selbst wenn eine neue Regierung zustande kommt, so ist ihr Spielraum doch eng begrenzt. Zahlreiche Politikfelder obliegen den Regionen, z.B. die Bildungs-, Wohnungs- und Gesundheitspolitik. Reformgesetze könnten an der Blockade der Regionen scheitern. Eine aggressive Kampagnenpolitik des rechten Blocks wird es sicherlich geben, ihr Ziel eines Zeitenwechsels ist noch nicht erreicht. Rasche Neuwahlen sind nicht auszuschließen. Auf jeden Fall steht eine Phase harter Auseinandersetzungen bevor, die einen Weg aus dem Patt in die eine oder andere Richtung zeigen sollen.

Wie ist die Linke auf die Auseinandersetzungen vorbereitet? Zunächst einmal hat sie das Schlimmste verhindert: eine getrennte Kandidatur von Sumar und Podemos mit einem katastrophalen Wahlergebnis, das einer neuen rechten Regierung den Weg gebnet hätte. Sie hat jetzt die Möglichkeit sich zu stabilisieren. Allerdings ist die Zukunft von Sumar noch nicht klar, und auch nicht die Frage, ob sie ein Vorbild für die Linke anderer Länder sein kann. Sumar steht vor einer Reihe von Entwicklungsproblemen, die die Debatten in der nächsten Zeit bestimmen werden.

- Sumar ist eine eigenständige Partei und zugleich eine Wahlplattform für ein breites links-grünes Bündnis. Es ist zu klären, wie der Respekt vor der Vielfalt und die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens in Einklang miteinander gebracht werden können. Entsprechende Regeln für ein gemeinsames Arbeiten müssen erarbeitet werden: Wie werden Beschlüsse in der Parlamentsfraktion gefasst und wie verbindlich sind sie? Wer ist in einer möglichen neuen Regierung vertreten? Pablo Iglesias veröffentlichte schon einen Tag nach den Wahlen in der Internetzeitschrift *Contexto y Acción* »10 Thesen über den 23. Juli«, in denen er diese Themen prominent behandelte und Ansprüche von Podemos formulierte. Da liegt viel Zündstoff in der Luft.
- Genauso wie Unidas Podemos ist Sumar als eine Plattform für Wahlen konzipiert. Dies wurde vor allem daran deutlich, dass die Erarbeitung eines Wahlprogramms in zahlreichen gut besetzten Arbeitsgruppen geführt wurde, eine breite öffentliche Debatte aber nie stattfand. Die Bewegung der »indignados«, die ja eine breite Massenbewegung gewesen war, führte paradoxerweise zu einer Konzentration der Linken auf die Wahlfrage. Eine Verankerung in der Gesellschaft war ein zweitrangiges Thema. Werden Basisbewegungen zukünftig eine Rolle spielen innerhalb der linken Strategie? In der Praxis zeigt sich immer wieder, dass die Ressourcen dafür begrenzt sind. Jetzt muss Podemos wegen Kürzungen der staatlichen

Parteienzuschüsse als Folge der schlechten Wahlergebnisse örtliche Büros schließen und Personal entlassen.

- Es fällt auf, dass sich die spanische Linke konzentriert auf Alternativen in der Wirtschafts- Sozial- und Ökologienpolitik. Andere Themen, z.B. die Europa- oder internationale Politik, werden der PSOE überlassen. Auch in Spanien stiegen die Rüstungsausgaben in den letzten Jahren enorm, aber das wurde nicht weiter thematisiert. Kritiker wie Manolo Moneiro, langjähriger Mitarbeiter des früheren IU-Vorsitzenden Julio Anguita, werfen Sumar vor, auf die Entwicklung eines eigenständigen, alternativen Projekts zu verzichten. Sumar werde immer mehr ein linkes Anhängsel der PSOE, ein Mehrheitsbeschaffer für eine Koalitionsregierung. Er schlägt deshalb vor, dass Sumar eine PSOE-Minderheitsregierung unterstützt, selber aber nicht im Kabinett vertreten ist. Dadurch könne man weiterhin die Regierungspolitik beeinflussen und zugleich die eigenen Alternativen vortragen. Es geht hier um ein altes Thema der transformatorischen Linken, dass sie seit dem Übergang zur Demokratie begleitet und das sehr unterschiedlich beantwortet wurde.
- Seit langem gelingt es der Linken nicht, eine stabile und kollegiale Führung herauszubilden, zuletzt scheiterte Podemos. Die Sumar-Chefin Yolanda Díaz genießt bei allen Fraktionen der Linken ein hohes Ansehen, ohne sie wäre vermutlich eine gemeinsame Kandidatur nicht möglich gewesen. Aber ob die Konzentration auf eine einzige, herausragende Führungsperson für ein dauerhaftes Bestehen ausreicht, ist fraglich.

Albert Recio, Professor an der Universidad Autónoma von Barcelona, weist in der Zeitschrift *Mientras Tanto* (Juli 2023) darauf hin, dass die transformatorische Linke auf drei unterschiedlichen Ebenen tätig werden müsse, wenn sie Erfolg haben wolle: »Es gibt erstens die institutionelle Ebene, die politische Reformen ermöglicht, die tatsächlich das Leben der Menschen verbessern, und seien sie noch so begrenzt. Auf einer zweiten Ebene finden sich die sozialen Bewegungen, die Basisorganisationen. Sie erlauben es zu verstehen, wie die Dinge funktionieren, sich zu verankern und dynamische Bewegungen hervorzurufen, wodurch ein Klima entstehen kann, das Veränderungen möglich macht. Schließlich gibt es auf einer dritten Ebene die kulturelle Produktion in einem weiten Sinne, von der Verbindung mit der fortgeschrittensten Wissenschaft bis zur Fähigkeit, Initiativen zu ergreifen, die Bewusstwerdungsprozesse und rationale Sichtweisen anstelle von Vorurteilen und Fake News ermöglichen und die soziale Kreativität bestärken. Es sind unterschiedliche Ebenen mit eigenen Gesetzen und Begrenzungen. Sie erfordern ein ausgeklügeltes politisches und organisatorisches Vorgehen und nicht zuletzt Personen und Ressourcen, an denen es normalerweise mangelt.« Recio ist skeptisch, ob sich die spanische Linke in diesem Sinne breit entwickeln kann. Aber sie hat im Juli eine neue Chance bekommen.

Der von der Bewegung der »indignados« beeinflusste Zyklus, der 2011 begann, ist noch nicht an sein Ende gekommen. Die gesamte spanische Linke befindet sich zwar in der Defensive, aber die Wahlen im Juli haben gezeigt, dass sie für ihre Politik auch große Teile der Gesellschaft mobilisieren kann. Das wird auch weiterhin notwendig sein in der Auseinandersetzung um die Auflösung der in diesem Sommer entstandenen Pattsituation.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

